Einzelpreis 20 Pfennig • 3. Jahrgang

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags. Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10.00 M. im voraus zahlbar, von der Spedition selbst abgeholt 8.50 M. Für Bestellung nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland und Oesterreich 16.50 M., für das übrige Ausland 21.50 M. zuzüglich Valutaaufschlag, per Brief für Deutschland und Oesterreich 30.00 M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 532—36 und 9768.

Donnerstag, den 10. Juni 1920

Nummer 219 • Abend-Ausgabe

Die achtgespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 5.— Mk. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2.— Mk., jedes weitere Wort 1.50 Mk., einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellengesuche 3.50 Mk. netto pro Zeile. Stellengesuche in Wortanzeigen: das fettgedruckte Wort 1.50 Mk., jedes weitere Wort 1.— Mk.

Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19.
Fernsprecher: Amt Norden 532—36, Buchhandlung Zentrum 2645
„Freiheit“-Buchdruckerei Zentrum 2030.

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Unsere Verantwortung.

Die unabhängige Sozialdemokratie ist mit einem klaren Programm und mit eindeutigen Forderungen in den Wahlkampf gezogen. Wer noch nicht aus den Verhandlungen des Leipziger Parteitages und dem dort beschlossenen Aktionsprogramm erfahren hat, was unsere Partei will, dem wurde es jetzt mitgeteilt. Unser Ziel ist die Befreiung der arbeitenden Menschheit von jeder Ausbeutung und Unterdrückung, ist eine Gesellschaftsordnung, in der jeder nach seinen Kräften und Fähigkeiten für die Gesamtheit arbeiten muß, in der aber auch jeder nach seinem Bedürfnis und dem jeweils vorhandenen Reichtum der Gesellschaft an dem Ertrag der gemeinsamen Arbeit beteiligt sein wird. Der Sozialismus ist es, den wir erstreben, der Sozialismus, der allein der Vernichtung und Zerrüttung, der Teuerung und Not, der Versumpfung und dem Verfall ein Ende bereiten kann. Mit diesem Programm haben wir den Wahlkampf geführt, nicht um einige Dutzend Mandate mehr für unsere Partei zu ergattern, sondern um das Proletariat, die körperlich und geistig schaffende Bevölkerung, um unser revolutionäres Banner zu scharen.

Wir haben uns aber nicht damit begnügt, ein Ziel aufzustellen, das erst in einer fernen Zukunft zu erreichen wäre, sondern wir verlangten, daß eine Reihe von Uebergangsmaßnahmen sofort zu erfüllen seien. Diese Forderungen, die sich mit den nach dem Kapp-Putsch von unserer Partei aufgestellten deckten, hatten folgenden Wortlaut:

1. **Entwaffnung und Auflösung** aller konterrevolutionären Formationen. Mannschaftsersatz aus den Reihen der organisierten Arbeiterschaft, politisch zuverlässige Führer.
2. **Aufhebung des Ausnahmezustandes.** Freilassung aller verhafteten Revolutionskämpfer und umfassende Amnestie.
3. **Bestrafung** aller an dem Kappschen Umsturz beteiligten Gegenrevolutionäre und der für das Hinmorden von revolutionären Kämpfern Verantwortlichen.
4. **Durchführung der Sozialisierung,** beginnend auf dem Gebiete des Bergbaues und der Energieerzeugung — Kohle, Wasser, Kraft, Elektrizität —, Weiterführung der Sozialisierung der konzentrierten Eisen- und Stahlproduktion, des Transport- und Verkehrswesens sowie anderer hochentwickelter Industrien, umfassende Kommunalisierung.
5. **Ueberführung des Großgrundbesitzes** und der großen Forsten in gesellschaftliches Eigentum. Die gesamten landwirtschaftlichen Betriebe sind durch Bereitstellung aller technischen und wirtschaftlichen Hilfsmittel, durch Förderung der Genossenschaft zur höchsten Leistungsfähigkeit zu bringen.
6. **Sicherung der Lebensmittelversorgung** der städtischen Bevölkerung. Schärfste Bekämpfung des Lebensmittelwuchers.
7. **Ausbau der Sozialgesetzgebung.** Anpassung der Löhne, Gehälter, Renten und Unterstützungen an die Kosten der Lebenshaltung. Wirksame Schutzmaßnahmen zur Erhaltung der Arbeitskraft.
8. **Freundschaftliche Beziehungen zu allen Völkern.** Frieden mit Rußland. Erfüllung der sich aus dem Friedensvertrag ergebenden Verpflichtungen.

Indem wir diese nächsten Gegenwartsforderungen heute in Erinnerung rufen, erledigt sich für uns von selbst die Frage, ob wir uns an der Regierungsbildung beteiligen wollen oder nicht. Wo ist eine bürgerliche Partei, die bereit wäre, auch nur eine von diesen Uebergangsmaßnahmen zu erfüllen? Ja, nicht nur die bürgerlichen Parteien, auch die Rechtssozialisten haben sich bisher als unfähig und unwillig dazu gezeigt. Mit der Sozialisierung ist noch nicht einmal der Anfang gemacht worden. Auf die Sozialgesetzgebung wurden von den bürgerlichen Parteien die heftigsten Angriffe unternommen, ohne daß die Rechtssozialisten ihnen den notwendigen Widerstand entgegensetzten. Die Beziehungen zu den kriegführenden Ländern lassen infolge der Unfähigkeit der deutschen Regierung noch alles zu wünschen übrig, mit Rußland leben wir noch immer in Feindschaft. Die Aufhebung des Belagerungszustandes konnte bisher nur zum Teil erzwungen werden, in Bayern, im Ruhrrevier besteht er noch weiter. Die konterrevolutionären Formationen sind nicht aufgelöst und entwaffnet worden, sondern die Reichswehr wurde mit ihnen aufgefüllt. Die an dem Kapp-Putsch beteiligten Gegenrevolutionäre laufen noch immer straffrei herum. Die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung ist so schlimm wie nur je.

Selbst [illegible] im Rahmen einer bürgerlichen Demokratie sich haltenden Augenblicksforderungen sind von der bisherigen Koalitionsregierung nicht erfüllt worden. Die Abmachungen, die nach den Kapptagen mit den Arbeiter- und Angestelltenorganisationen getroffen wurden, sind nicht innegehalten worden. Und da will man uns zumuten, mit denselben Parteien eine Regierung zu bilden?

In der rechtssozialistischen Presse kann man jetzt lesen, daß Deutschland ein demokratisch-republikanisches Ministerium bekommen müsse, wenn es leben wolle. Dies sei nur möglich, wenn die Unabhängigen sich nicht nur zu wohlwollender Neutralität verpflichten, sondern wenn sie in die Koalition der Sozialdemokraten, Demokraten und des Zentrums eintreten, wenn sie sich also aktiv an der Regierung beteiligen. Folglich laste auf den Unabhängigen die ganze Verantwortung für das Geschick Deutschlands. Es wird uns dort weiter gesagt, daß nur auf solche Weise der Wiederaufbau Deutschlands möglich sei. Wir müßten unser „Prinzip“, unsere „Grundsätze“ aufgeben, sonst wäre das Volk dem Verderben preisgegeben.

Dazu muß folgendes in aller Einfachheit, aber so deutlich wie möglich gesagt werden: Die unabhängige Sozialdemokratie hat weder ein Prinzip noch Grundsätze, die sie nur in Gänsefüßchen mit sich führt. Wir haben unser Aktionsprogramm, das uns unsern Weg für die nächste Zeit vorschreibt, unser Ziel ist die Verwirklichung des Sozialismus. Nur dafür übernehmen wir die Verantwortung, und wir gedenken unsere Absichten so schnell wie irgendmöglich zu verwirklichen. Wir tragen weder an dem Krieg noch an seinen Folgen die Verantwortung, sind auch nicht schuld daran, daß das deutsche Volk in seine jetzige Lage geführt worden ist. Die Verantwortung dafür mögen schon diejenigen Parteien allein weiter tragen, die durch ihre Politik das deutsche Volk so weit gebracht haben.

Wir gedenken uns aber auch nicht an dem „Aufbau“ zu beteiligen, wie ihn die bürgerlichen Parteien mit Unterstützung der Rechtssozialisten im Auge haben. Was ist es denn überhaupt mit dem Worte Aufbau? Auch das zaristische Rußland war aufgebaut; auch das Horthy-Ungarn des [illegible] Schreckens [illegible] seinen Aufbau [illegible]

Strafandrohung gegen Gewerkschaften.

Aenderung der Verordnung über Tarifverträge.

Das Reichsarbeitsministerium teilt mit:

Das Reichsarbeitsministerium hat eine Verordnung betreffend Aenderung des Abschnitt I der Verordnung über Tarifverträge usw. vom 23. Dezember 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 1456) ausgearbeitet, die vom Reichsrat und dem zuständigen Ausschuß der Nationalversammlung angenommen ist und demnächst im Reichs-Gesetzblatt bekannt gegeben werden wird. Danach haben alle auf die allgemeine Verbindlichkeit von Tarifverträgen bezüglichen öffentlichen Bekanntmachungen von einem noch bekannt zu gebenden Zeitpunkt ab nicht mehr wie bisher im Deutschen Reichsanzeiger, sondern auf Kosten der Vertragsparteien im „Reichsarbeitsblatt“ nach näherer Bestimmung des Reichsarbeitsministeriums zu erfolgen. Ferner wird bestimmt, daß die an einem Tarifvertrag als Vertragsparteien beteiligten Arbeitgeber und wirtschaftlichen Vereinigungen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern innerhalb zweier Wochen nach Vertragsabschluß dem Reichsamt für Arbeitsvermittlung und den zuständigen Landesämtern für Arbeitsvermittlung je zwei Abschriften und dem zuständigen Gewerbeaufsichtsbeamten je eine Abschrift des Tarifvertrages nebst etwaigen Ergänzungen und Aenderungen kostenfrei einzureichen haben. In gleicher Weise ist die Aufhebung oder Kündigung eines Tarifvertrages, letztere durch die kündigenden Vertragsparteien, unter Angabe des Zeitpunktes, an dem der Tarifvertrag abläuft, anzuzeigen. Werden diese Pflichten nicht erfüllt, so kann das Reichsamt für Arbeitsvermittlung gegen die Verpflichteten nach vorheriger Androhung Ordnungsstrafen bis zu 300 M. festsetzen.

Die Neugierde, die die Regierung gegenüber gekündigten Tarifverträgen zeigt, berührt ein wenig eigenartig. Wäre es nicht empfehlenswert, daß das Arbeitsministerium bei seinen offiziellen Verlautbarungen den Grund für solche Maßnahmen angeben würde? Wenn sich schon die Entscheidung über so wichtige Dinge im Halbdunkel von Kommissionen abspielt, so hat die Arbeiterschaft mindestens ein Recht auf eine nachträgliche Begründung der Beschlüsse. Wir erwarten, daß das im vorliegenden Falle noch nachgeholt wird.

Rückkehr der englischen Arbeiterdelegation.

Der Vorsitzende über die innere Lage Rußlands.

Amsterdam, 10. Juni.

„Telegraaf“ meldet aus London: Die Delegation der englischen Arbeiterpartei, die Rußland besucht hat, ist gestern abend zurückgekehrt. Der Vorsitzende der Abordnung, Turner, sagte in einem Interview: In Rußland herrsche viele Uneinigkeit zwischen dem flachen Lande und den Städten, weil letztere den Bauern für die Lebensmittel keine Tauschmittel bieten könnten. Turner gab zu, daß in Rußland ein roter Terror geherrscht habe, aber lediglich als Vergeltung und als Folge des weißen Terrors. Der allgemeine Eindruck der Delegation sei, daß der Grundsatz einer Räteregierung für ein demokratisches Land wie England nichts tauge. Es liege sicher viel Gutes in dem Streben der Bolschewisten, aber sie berücksichtigten die menschliche Natur nicht und so viel Schönes der Kommunismus in vielen Beziehungen auch einschließe, so könne er erst in einigen Generationen verwirklicht werden.

Der Delegation ist aufgefallen, daß unter der bolschewistischen Regierung keine industrielle Freiheit besteht und daß Arbeitsniederlegung nicht gestattet wird. Turner sagte zum Schluß: Die Bevölkerung des flachen Landes stehe dem Bolschewismus nicht sowohl freundlich als vielmehr gleichgültig gegenüber, dagegen sei die große Mehrheit der Bevölkerung von Petersburg, wo am meisten gehungert wurde, unstreitig auf Seiten der Bolschewisten.

Wir geben diese Meldung mit Vorbehalt wieder und werden auf die Aeußerungen Turners ausführlich eingehen, sobald uns die englische Presse vorliegt.

Rußlands Bedingungen und Zugeständnisse.

Die Denkschrift Krassins.

H. N. London, 10. Juni.

Es verlautet, daß die Denkschrift, die Krassin dem Ausschuß des Obersten Wirtschaftsrates unterbreitet hat, folgendes enthält: 1. Einstellung des Kriegszustandes als Vorbedingung der Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen. 2. Einstellung der Blockade, und 3. die Möglichkeit, wirtschaftliche und kommerzielle Beziehungen mit den Mächten, mit denen Rußland im Kriegszustand lebt, anzuknüpfen.

Ferner scharfe Umschreibung der Bedingungen für diese Wiederaufnahme. Diese Bedingungen umfassen eine Handelsvertretung auf der Basis der Gegenseitigkeit, ferner das Recht der Handelsvertreter, mit anderen Ländern in geregelte Verbindung zu treten und die Zusage, daß die Fragen, welche mit dem künftigen Frieden im Zusammenhang stehen, die gegenwärtigen wirtschaftlichen und finanziellen Operationen nicht beeinflussen werden. Weiter die Wiederherstellung der Freiheit zu Wasser und zu Lande. Schließlich gibt Krassin eine Aufstellung der Waren, die in Rußland ein- und ausgeführt werden können.

Die Ententeverhandlungen mit Rußland vertagt.

T. U. London, 10. Juni.

Da Krassin die von England verlangten Garantien bezüglich der Freilassung der Gefangenen sowie auch Unterlassung der Propaganda in den Ententeländern nicht geben konnte, wurde die Zusammenkunft zwischen Krassin und den Delegierten des Wirtschaftsrates der Alliierten auf unbestimmte Zeit vertagt.

*

„Nieuwe Courant“ meldet dazu aus London: Der Ständige Ausschuß des Obersten Wirtschaftsrates, der gestern zum ersten Male mit Krassin zusammenkommen sollte, hielt eine Sitzung ab, an der Krassin aber nicht teilnahm, da Lloyd George seine Absicht geändert hat.

Keine Volksabstimmung in Teschen.

H. N. Paris, 10. Juni.

Laut Warschauer Meldung haben die Polen und die Tschechoslowaken auf eine Volksabstimmung zur Regelung der Teschenfrage und der Distrikte von Orawa und Spiß verzichtet. Beide Parteien haben beschlossen, diese Frage dem Schiedsspruch Wilsons zu überlassen.

bisherige Koalitionsregierung hat bisher nichts anderes zuwege gebracht als eine kapitalistische, antisozialistische Staatsverfassung aufzubauen und die alte, arbeiterfeindliche Wirtschaftsordnung aufs neue zu befestigen. Wir wollen einen andern Aufbau, nämlich den Aufbau des Sozialismus. An diesem Aufbau kann sich aber nur die werktätige Bevölkerung beteiligen; er wird sich auch nicht vollziehen im Bunde mit kapitalistischen, antisozialistischen Parteien, sondern durch die Besitzergreifung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse.

Wenn die Rechtssozialisten überhaupt noch sozialistisch zu denken vermöchten, so müßten sie doch durch ihre ganze bisherige Politik dahin belehrt worden sein, daß durch das Zusammenarbeiten mit dem Bürgertum der sozialistische Aufbau nicht gefördert, sondern gehemmt wird. Die größte Schuld der Rechtssozialisten vor der Geschichte ist es, daß sie in den Novembertagen 1918 das Proletariat verhindert haben, die politische Macht, die ihm infolge der Unfähigkeit der bisherigen Gewalthaber in die Hände gefallen war, dazu zu benutzen, um den Sozialismus zu verwirklichen. Sie haben damals und seitdem alles getan, um die Weiterführung der Revolution zu verhindern und den alten Klassenstaat wiederherzustellen. Der 13. März 1920 hat den Bankerott dieser Politik offenbart, am 6. Juni 1920 hat die Arbeiterschaft der rechtssozialistischen Partei die Quittung für ihr bisheriges Verhalten erteilt.

Was die Rechtssozialisten von uns jetzt wünschen, das ist nichts anderes, als daß wir uns mit ihnen in die Schuld an den Sünden der Vergangenheit teilen und mit ihnen gemeinsam die Politik des sozialistischen Bankerotts weiterführen sollen. Dafür bedanken wir uns. Wir wollen weiter sein die Partei des Sozialismus, wir wollen bleiben die Partei des revolutionären Proletariats; wir wollen den Sozialismus verwirklichen nicht im Bunde mit den bürgerlichen Parteien, sondern aus eigener Kraft der gesamten, im revolutionären Sozialismus geeinten Arbeiterklasse.

Volksparteiliche Erpresserpolitik.

Eine Drohung mit dem Putsch.

Der Zentrumsführer Giesberts hatte gestern abend in der „Germania" die Möglichkeit neuer Reichstagswahlen für den Herbst angekündigt, damit inzwischen der Boden für eine tragfähige parlamentarische Mehrheit geschaffen werden könnte. Das Organ der Deutschen Volkspartei, die „Tägliche Rundschau", wendet sich sehr aufgeregt gegen diesen Vorschlag, den sie als Bankerotterklärung des parlamentarischen Systems bezeichnet. Wörtlich heißt es dann weiter:

„Es wäre im übrigen nicht verwunderlich, wenn aus solchen gewaltsam geschaffenen Situationen Putschabsichten bei Anhängern der Rätediktatur aber auch bei vaterländisch denkenden Männern gefördert würden, weil sie zu der Meinung kommen könnten, daß Deutschland infolge seines parlamentarischen Systems zugrunde gerichtet würde, und daß der Staat nur durch einen Willen, nicht aber durch Parlamentswillen regiert werden dürfe. Die alten Regierungsparteien, die sich etwa infolge politischer Verantwortungslosigkeit in die Ecke stellen möchten, hätten es sich dann selbst zuzuschreiben, wenn das parlamentarische System nur eine Episode bliebe."

Der Hinweis auf etwaige Putschabsichten der „Anhänger der Rätediktatur" ist natürlich nur eine Nebenfloskel, die zur Rückendeckung der Rechtsputschisten eingefügt worden ist. Der Schwerpunkt der wiedergegebenen Aeußerungen liegt in der Drohung mit dem Putsch seitens „vaterländisch denkender Männer" und dem nachfolgenden monarchistischen Staatsstreich, wenn den jetzigen Forderungen der Deutschen Volkspartei nicht Folge geleistet würde. Damit kennzeichnet sich das Vorgehen dieser Partei als ein Akt schlimmster politischer Erpressung; es zeigt aber auch zugleich, daß zwischen der „verfassungsmäßigen", parlamentarischen Aktion der Stinnes-Partei und der außerparlamentarischen Militäraktion der Putschisten nur ein gradueller, kein grundsätzlicher Unterschied besteht. Beide Aktionen ergänzen sich vielmehr gegenseitig, sind ein Spiel mit verteilten Rollen. Erst jetzt findet der Kapp-Putsch seine logische Auswirkung: was am 13. März mit Hilfe der Baltikumer begonnen, aber durch den Generalstreik der Arbeiter zurückgeschlagen wurde, wird jetzt in die Tat umgesetzt durch die Parteien der Schwerindustrie und des Pogroms.

Zur Ermordung Hans Paasches.

Mörderzentralen und Militärdiktatur.

Bund Neues Vaterland, Friedensbund der Kriegsteilnehmer und Republikanischer Führerbund wenden sich an die gesamte Kulturwelt mit folgendem Aufruf:

Wir wenden uns an die Oeffentlichkeit, um auf die furchtbare Situation aufmerksam zu machen, in der sich Deutschland befindet.

Seit 1½ Jahren werden planmäßig alle diejenigen hingeschlachtet, die sich dem Kriegswüten entgegengeworfen und für eine neue Zukunft Deutschlands gearbeitet haben. Da man vorläufig nicht die gesamten Massen niederkartätschen kann, die sich der Schreckensherrschaft der Junker, der Militärs und der Schwerindustrie entgegenstemmen, so wurden zunächst die Führer der Revolutionäre und die Kriegsgegner ermordet. Wir erinnern an Liebknecht, Luxemburg, Eisner, Jogiches, Landauer, an die Spandauer Arbeiterführer, an die 28 Matrosen, an die 15 Arbeiter, die durch Marburger Studenten in Thüringen ermordet wurden. Sämtliche Prozesse zeigen, daß alle Ermordungen straflos oder so gut wie straflos vor sich gehen. Die Ermordungen geschehen ohne jede gesetzliche Form oder nur mit der Parodie einer solchen, sowie besonders durch Erschießungen „auf der Flucht".

In neuerer Zeit werden besonders diejenigen aufs Korn genommen, die des Pazifismus überführt oder verdächtig sind. Man denke an die Attentate auf Erzberger und v. Gerlach. Fulcan ist während des Kapp-Putsches ermordet worden, jetzt Hans Paasche. Dieser Fall beleuchtet grell eine neue Sachlage. Die bisherigen Ermordungen fanden gewöhnlich in einer Atmosphäre des offenen Bürgerkrieges statt. Man konnte den Offiziersmördern ihre eigene Erregung zugute halten. Die Mörderzentrale läßt aber jetzt solche Bluttaten vornehmen, um eine politische Erregung erst hervorzurufen. Indem dann eine derartig künstlich von ihnen erzeugte Revolutionsbewegung niedergeschlagen wird, hoffen sie dann ihre weiteren Pläne verwirklichen zu können. Diese bestehen zunächst in der Errichtung der Militärdiktatur, der Vernichtung der wenigen übriggebliebenen Errungenschaften von 1918, darüber hinaus planen sie dann einen Revanchekrieg.

Der Lüttwitz-Putsch, der diese Ziele verwirklichen sollte, konnte durch die entschlossene Abwehr der Arbeiter, Angestellten und Beamten bereits im Keime erstickt werden. Er kam nicht zur richtigen Entfaltung, woran auch die mangelnde politische und technische Vorbereitung Schuld trug. Die Konterrevolutionäre arbeiten daher an einer besseren Vorbereitung zu einem neuen Gewaltstreich. Sie werden darin begünstigt durch die Machtlosigkeit und verhängnisvolle Kurzsichtigkeit der Regierung. Diese hat nicht nur ihre im März gemachten Zusagen nicht erfüllt, sondern sie duldet, daß durch die Generale die Reichswehr von allen Republikanern gesäubert wird. Bisher ist in Deutschland weder einer der Kriegsverbrecher des Weltkrieges noch irgend einer der Verursacher des Kapp-Putsches gerichtlich zur Verantwortung gezogen worden, wohingegen viele Hunderte derer, die im März gegen Kapp kämpften, erschossen oder zu schweren Gefängnisstrafen verurteilt worden sind.

Die kommende Militärdiktatur wird nur möglich dadurch, daß die Regierung genau wie vor dem März 1920 die Gefahr eines Militärputsches verkennt. Indem sie noch wie vor dem Militär freie Hand läßt, erleichtert sie auch das Treiben der Mörderzentrale. Rettung kann nur dadurch kommen, daß das deutsche Volk sich der heutigen Gefahr voll bewußt ist und danach handelt.

Zunächst müssen in ganz Deutschland Massenkundgebungen stattfinden, die die sofortige Bestrafung aller Mörder und der Märzputschisten, die sofortige Abschaffung der Freikorps, Zeitfreiwilligen und Einwohnerwehren, sowie die schleunige Umwandlung der übrigen Wehren in eine der Republik treu ergebene Truppe verlangen. Die Erfüllung der Märzversprechungen muß durchgeführt werden.

Es muß auf Grund des Artikels 73 der Reichsverfassung durch Volksbegehren und Volksentscheid die Beseitigung der Militärgerichtsbarkeit herbeigeführt werden.

Der Wiederaufbau Deutschlands wie ganz Europas ist nur möglich durch Zusammenarbeiten der Pazifisten und Sozialisten aller Länder. Solange in Deutschland der Militarismus noch herrscht und die Pazifisten ungestraft vergewaltigt oder gar hingemordet werden, ist diese Zusammenarbeit unmöglich. Wir fordern deshalb die Freunde des Weltfriedens und der Völkerversöhnung überall auf, dem gewalttätigen Militarismus ein Ende zu machen. Erst wenn der deutsche Militarismus überwunden ist, wird er auch im übrigen Europa ausgerottet werden können.

Die Herren der Lage.

Die „Sozialistische Korrespondenz" schreibt:

Vor einigen Wochen wurden durch die Magdeburger Sicherheitspolizei mehrere Freikorpswerber verhaftet. Es handelte sich um eine wilde Zeitfreiwilligenformation, das Freikorps Brandenburg, das nach Auskunft des Reichswehrministeriums nicht berechtigt ist, Werbungen vorzunehmen. Das Ministerium bat, die verhafteten Werber, insbesondere den Bataillonsführer Leutnant Schmid, vorläufig in Haft zu behalten. Die Antwort traf leider aus unaufgeklärten Gründen erst nach mehreren Wochen ein. Inzwischen hatte der politische Referent im Reichsministerium des Innern, der ehemalige konservative Landtagsabgeordnete Geheimrat v. Jakoby, die Entlassung verfügt und trotz aller Bedenken der Magdeburger Sicherheitspolizei durchgesetzt. — Was gedenkt die Regierung gegen einen Beamten zu unternehmen, der in dieser Weise die auf Meuterei und Widersetzlichkeit hinauslaufenden Pläne der Freiwilligenkorps begünstigt hat.

Was die Regierung zu tun gedenkt, fragt Herr Heilmann weiter. Die Antwort ist nicht schwer. Sie wird nichts gegen den Sabotage treibenden Herrn Geheimrat unternehmen. Der Fall ist nur charakteristisch, weil er uns zeigt, wie unter der bürgerlichen rechtssozialistischen Koalitionsregierung die Vertrauensleute der Nationalisten, Geheimräte genannt, alle Regierungsmaßnahmen durchkreuzen konnten, ohne daß ihnen irgendetwas geschehen wäre. So wurden die Nationalisten die tatsächlichen Herren der Lage, noch bevor sie in der Regierung durch einen ihrer Minister vertreten waren.

Die Streichung des Genossen Dr. Cohn.

Wie wir seinerzeit mitteilten, hat der Kreiswahlausschuß in Weimar den Namen des Genossen Dr. Oskar Cohn, der von unserer Partei in Thüringen als Kandidat aufgestellt worden war, von der Liste gestrichen, weil die vorgeschriebene Annahmeerklärung des Genossen Cohn nicht rechtzeitig eingetroffen sein sollte und die Annahmeerklärung der mit einer Vollmacht ausgestatteten Gattin vom Wahlausschuß nicht als zulässig angesehen wurde. Genosse Cohn befand sich zu der angegebenen Zeit als Mitglied der internationalen Untersuchungskommission in Warschau und hat seine Zustimmung zur Annahme der Kandidatur auf telegraphischem Wege übermittelt. Der Wahlausschuß versteifte sich aber auf den Buchstaben der Vorschrift, die eine schriftliche Annahmeerklärung des aufgestellten Kandidaten fordert, und blieb bei der Streichung von der Liste.

Auf die Beschwerde des Genossen Cohn hat der Wahlausschuß sich am 28. Mai noch einmal mit der Sache befaßt. In die sachliche Prüfung der Frage, ob die Zustimmungserklärung auch durch einen Bevollmächtigten geschehen dürfe, erklärte der Wahlausschuß nicht noch einmal eintreten zu können, obwohl er hier anscheinend den Standpunkt des Genossen Cohn teilte, daß in einem Fall, wie in dem vorliegenden, wo der Bewerber tatsächlich physisch behindert war, auch die Vertretung durch einen Bevollmächtigten erlaubt sein müsse. Der Wahlausschuß beschränkte sich auf die formale Bestimmung, daß durch seine erste „Feststellung" die Liste abgeschlossen und eine Aenderung nicht mehr möglich sei. Genosse Cohn vertrat dagegen den Standpunkt, daß jene „Feststellung" gewissermaßen ein dauernder Vorgang, und zwar ein innerer Vorgang des

Brennender Durst nach Wissen.

Von Karl Kautsky.*)

Wenn der Arbeiter die Theorien der Bewegungen der kapitalistischen Welt erfaßt hat, ist eine wissenschaftliche Aufgabe nicht zu Ende. Er studiert die Theorie, um praktisch etwas zu leisten, die Wissenschaft soll für ihn nicht die graue Theorie bleiben, sondern angewandte Wissenschaft werden. Diese erfordert aber, daß man es versteht, vom Allgemeinen zum Besonderen fortzuschreiten, den umgekehrten Weg zu gehen, den die Theorie einschlägt, die aus dem Besonderen das Allgemeine ableitet.

Für den Arzt genügt es nicht, Anatomie und Physiologie und die sonstigen wissenschaftlichen Grundlagen der Medizin zu kennen, er muß auch die Eigenart des Kranken, die natürlichen und sozialen Bedingungen unter denen er lebt, studieren, will er die richtigen Methoden seiner Heilung herausfinden.

So müssen auch die Politiker und Sozialisten nicht bloß die ökonomische Theorie studieren, wie sie am besten Marx entwickelte, sondern auch ihre Anwendung in der Steuerpolitik, Handelspolitik, Bankpolitik, Geldpolitik, Agrarpolitik usw., von denen Marx nicht ausdrücklich handelt. Und sie haben noch die besonderen Bedingungen dieser Anwendung in jedem Fall zu untersuchen. Damit stellt unsere Zeit dem Proletarier, der als Sozialist wirken, der die Gesellschaft zu einer höheren Stufe fortentwickeln will, ungeheuere Aufgaben des Studiums, Aufgaben, die um so schwerer fallen, da mit dem Fortschreiten der politischen und gewerkschaftlichen Organisation und der staatlichen und kommunalen Tätigkeit des Proletariats sich auch die Gebiete der Verwaltung rasch ausdehnen, die immer mehr Kraft und Zeit des kämpfenden Proletariats verschlingen.

Die Anforderungen, die unsere Zeit an das Proletariat stellt, sind enorm. Aber es muß sich ihnen gewachsen zeigen, wenn es sich bewähren will als die Kraft, die die abgelebte alte Gesellschaft zu einem höheren Dasein emporhebt.

Gerade unsere Tage zeigen uns, daß es nicht damit abgetan ist, wenn man die Macht gewinnt, daß dies sogar schädlich, zu Rückschlägen führen kann, wenn es vorzeitig geschieht, ehe man die Fähigkeit erlangt hat, die Macht festzuhalten, was nur demjenigen gelingt, der imstande ist, sie zweckmäßig auszuüben.

Das Proletariat mit Wissen zu füllen, das Monopol der besitzenden Klassen auf Wissen zu brechen, ist ebenso wichtig, wie das Brechen des Monopols der Kapitalisten auf den Besitz der Staatsgewalt und der Produktionsmittel. Nur ein Proletariat, das brennender Durst nach Wissen erfüllt, wird seiner großen historischen Aufgabe gewachsen sein.

Und das Zeitalter der sozialen Revolutionen, das mit dem Ende des Weltkrieges eingesetzt hat, bringt dem Proletarier nicht nur eine Fülle schwerer Aufgaben, sondern auch eine Verbesserung der Bedingungen, ihnen gerecht zu werden.

Vor allem ist der Achtstundentag als Maximalarbeitstag allenthalben zur Wahrheit geworden und damit die Zahl der Stunden am Tage vermehrt, während denen der Arbeiter sich selbst und seiner Sache gehören kann.

Dieser Fortschritt wird heute noch nicht vollständig fühlbar, da der Arbeiter augenblicklich seine freie Zeit oft im Suchen nach Lebensmitteln vergeuden muß. Und in seinem Zustand der Unterernährung erschöpft ihn leicht achtstündige Arbeitszeit ebenso sehr, wie ehedem zehnstündige und läßt ihm wenig Kraft für die Arbeit zur Erweiterung seines Wissens und zu dessen Anwendung im Dienste des Sozialismus.

Erst wenn die Nahrungsschwierigkeiten überwunden sind, wird die Verkürzung der Arbeitszeit ihre volle Bedeutung für die geistige Höherentwicklung der Arbeiterschaft gewinnen.

Aber wer unter den Proletariern es kann, muß heute schon im Interesse seiner Klasse, im Interesse der sozialen Revolution alles aufbieten, um sein Wissen zu erweitern. Die Verkürzung der Zeit im Produktionsprozeß soll doch nicht eine bloße Verlängerung der Zeit für Karten und Kinos bedeuten.

*) Wir entnehmen diesen Beitrag der ausgezeichneten Monatsschrift unserer österreichischen Genossen „Bildungsarbeit", Blätter für das Bildungswesen der deutschösterreichischen Sozialdemokratie.

Was geschieht in Lichterfelde?

Man schreibt uns: Preußen hat die undankbare Aufgabe übernommen, neben fünf andern auch die Lichterfelder Hauptkadettenanstalt in eine Stätte friedlicher Bildungsarbeit umzuwandeln. Ohne Frage ein großer Gedanke. Doch es verlangt zweierlei: Mut zu einem großen Entschluß — und klares Schauen des Planes. Und beides hat versagt.

Bei der Ernennung eines Oberstudiendirektors ist's nicht ab-[illegible] lan, wenn ihm gleich durch die tausend Rücksichten des kaum geänderten Betriebes die Hände gefesselt werden. Denn man hat — kaum ist's zu glauben — die alten Lehrer in großer Zahl im Amte belassen. Nicht sonderlich erhebend mag's auf die Ministerialräte gewirkt haben, als sie — statt großzügiger Gedanken — von uns zunächst nur Fragen bekamen: nach welchem Modus Strafen verhängt werden sollten, — was links oben stehen solle ....

Auch die Schülerschaft ist fast völlig die alte, die gleichen Gestalten, durch Haus und Herkunft in antisemitischen und nationalistischen Vorurteilen befangen. Viele sind ganz arm, mancher adlige Junge völlig auf die Zuschüsse des Staates angewiesen. Wenigstens die, die es nicht sind, müßten rücksichtslos entfernt werden. Noch warten gewaltige Bestände von Wäsche und Kleidung der Verteilung. Unerhörter Mißbrauch ist es, wenn das zu Bettelpreisen an die Söhne reicher Familien verschleudert wird.

Und so gibts allerorten Mißstände, die der überreifen und unklaren Anlage des Ganzen entspringen, deren Hauptnachteil wiederum die bis zur Lächerlichkeit mittelalterliche Nebeneinanderordnung von Unterrichts- und Verwaltungsleitung ist.

Die Aufgabe ist: in diesen geschlossen ablehnend stehenden jungen Menschen den Bildungswillen zu wecken, daß sie befreit werden zur Berufsarbeit im neuen Staate, — ihr gedankenlos „nationalistisches" Gefühl auf dem Wege planmäßiger Durchbildung in die Bahn fruchtbarer Gegenwartsarbeit und staatsbürgerlichen Pflichtbewußtseins zu leiten. Dem dient ja unser Arbeiten im Unterricht, im Alumnat, in und außer Dienst. Und all das, so zukunftsreich es sein könnte, ist zweckloser Kraftaufwand, solange schwächliche Rücksichten der Oberbehörde uns im Sumpfe des Kompromisses stecken lassen. —

Staatsoper.

Eine Woche moderner deutscher Opernwerke begann am Sonntag in der Staatsoper mit Pfitzners „Palestrina", dem am Montag Humperdincks Märchenoper „Königskinder" folgte, die weit seltener als sein populäres Spiel von „Hänsel und Gretel" auf der Bühne erscheinen. Es waren dankenswerte Aufführungen. Am Dienstag gab es mit einer prächtigen Leistung Desider Zadors wieder mal Eugen d'Alberts „Tiefland", dessen verlogene Dramatik dem Publikum noch immer

ausschusses sei, der bis zur Wahl stets abgeändert werden könne, solange, bis, am vierten Tage vor der Wahl, die Veröffentlichung des Wahlvorschlages erfolgt sei.

Da Genosse Cohn auf der Vorschlagsliste der U. S. P. für Thüringen an der fünften Stelle stand, und nach dem vorliegenden amtlichen Ergebnis dort mindestens sechs, vielleicht sogar sieben unabhängige Kandidaten gewählt sind, wäre er bestimmt durchgekommen, wenn der Name noch auf der Liste gestanden hätte. Es ist infolgedessen beabsichtigt, gegen die Entscheidung des Wahlausschusses Einspruch bei dem Wahlgerichtshof zu erheben. Es muß mit aller Entschiedenheit verlangt werden, daß dieser Gerichtshof den unsinnigen Formalismus des Weimarer Wahlausschusses korrigieren soll.

Die Sucht nach dem Stimmzettel.

Sehr komisch benehmen sich die Kommunisten zu den Reichstagswahlen. Ein wenig betreten ob der überraschend geringen Stimmenzahl, die ihre Listen zu erringen vermochten, und doch keineswegs bereit, die Niederlage einzusehen, kommen sie in den Wahlbetrachtungen ihrer Presse zu den komischsten Verrenkungen. Immer noch — aber infolge des Wahlergebnisses wiederum zwischen parlamentarischer Betätigung und Antiparlamentarismus schwankend — verwickeln sie sich in die seltsamsten Widersprüche. So schreibt der „Kämpfer", das Organ der Kommunisten in Chemnitz:

„Wir Kommunisten sind keine parlamentarische Massenpartei und wollen auch keine werden. Wir Kommunisten sind die revolutionäre Vorhut des deutschen Proletariats. Unsere Stärke liegt nicht in der Abgabe eines Stimmzettels, sondern darin, daß wir in den revolutionären Aktionen, die uns unmittelbar bevorstehen, den zum revolutionären Kampf gezwungenen Massen wiederum führend vorangehen, die heute noch hoffen, ihr Schicksal zu wenden, indem sie einen sozialdemokratischen oder unabhängigen Stimmzettel in die Wahlurne legten."

Das klingt sehr heroisch und wir wissen es gern zugeben, daß wir solche Aeußerungen zu würdigen wissen als Mittel zur Ablenkung der Aufmerksamkeit von der tatsächlichen Lage der Partei, die die eben vorgenommene proletarische Heerschau ergeben hat. Außerdem wissen wir, daß die Kommunisten zu solchem Voranschreiten nie Gelegenheit bekommen werden, weil sie, wie manche Erfahrung gezeigt hat, in solchen Fällen regelmäßig zu spät aufzustehen pflegen.

Uns interessiert an dem Artikel des „Kämpfer" etwas anderes. Zur Erklärung des Mißerfolges bei der Wahl verweist das Blatt auch auf die mangelhafte Organisation der Partei. Das Blatt schreibt:

„Unsere Organisation ist aus Anlaß der Wahlkampagne erst vielfach gewachsen und überall ausgebaut worden. Die wenigen Wochen legaler Betätigungsmöglichkeit sind ausgenützt worden. Unsere Organisation ist überall noch in einem embryonenhaften Zustand. Diese Mängel sind bei der Wahl stark und empfindlich zutage getreten. Es wird Aufgabe unserer Genossen sein, überall diese Mängel und Fehler auszubessern und unsere Organisation auszubauen. . . Schlecht abgeschnitten hat Chemnitz-Stadt mit 11 000 Stimmen. . . Das ist ein völlig ungenügendes Ergebnis. Das Wahlresultat zeigt überhaupt, daß wir in den Orten mit der stärksten Parteiorganisation, in Chemnitz, Limbach, Werdau das schlechteste Stimmenergebnis aufzuweisen haben. Das gibt uns einen Fingerzeig. Unsere Genossen in Chemnitz, Limbach, Werdau waren zu siegesgewiß, es wird Aufgabe unserer kritischen Wahlprüfung in den Mitgliederversammlungen sein, die gemachten Fehler aufzudecken und abzustellen und es künftig besser zu machen."

Hier also gibt man offen das „ungenügende Ergebnis" der Wahl zu. Hier fordert man auf, die Organisationen auszubauen und zu rüsten, um es in Zukunft „besser zu machen". Heißt das nicht alle möglichen Vorbereitungen treffen, um fernerhin doch eine „parlamentarische Massenpartei" zu werden? Daß sie noch keine parlamentarische Massenpartei sind, brauchen die Kommunisten nach diesem Wahlergebnis nicht erst zu beteuern, aber wir haben sie nach diesen Geständnissen ihres Chemnitzer Organs in den Verdacht, daß sie doch gar zu gern eine solche werden

---

gefällt, wie in der Malerei legendäre Schinken von Defregger oder Achenbach. Schminkt euch doch erst diese „Meister" ab, wenn ihr zu einer deutschen Kunst kommen wollt. Aber es sind Kassenmagneten. Das wird Bernhard Sekles: „Scheherazade" niemals werden, dazu ist dieses Werk zu still und fein. Die Aufnahme bei der Erstaufführung am Sonnabend war lau und es wäre noch lauer, aber wie zart versponnen ist diese seelenhafte Musik mit der Dichtung Gerd v. Bassewitz', die den Hauch des Märchens aus „Tausendundeine Nacht" schmerzlich süß verströmt. Es mischen sich in der Komposition moderne und orientalische Klänge, und die ganze Aufführung bewegte sich sehr glücklich in diesem Kolorit. Szenisch war alles wohlgelungen. Stiedry dirigierte und in Gesang und Darstellung überragte der künstlerisch klangvolle Kalif des Herrn Armster. Die Schahrazade, in der ersten Aufführung Lola Artot de Padilla, sang gestern als Gast Gertrud Geyersbach mit nur allmählich zunehmender Kraft und Wärme. Herr Schützendorff, stimmlich nicht übel, fiel durch maßlose Uebertreibung (im Wagnerstil) völlig aus dem Rahmen. Heute bringt die moderne Opernwoche Schillings' gern begrüßte „Mona Lisa" unter Leitung des Komponisten, und schließt am Sonntag mit Richard Straußens „Frau ohne Schatten". Der Ueberblick über die Leistungen und — leider noch zu wenigen — Neueinstudierungen der Staatsoper rundet sich damit zu einem nicht ungetrübten, aber doch vielfach erfreulichen und in Anbetracht aller Umstände anerkennenswerten Gesamtbilde. B.

Für die Komische Oper wurden Trude Hesterberg und Oskar Sabo verpflichtet, wo sie in der Operette „Die Frau im Dunkeln", deren Erstaufführung am 10. Juni stattfindet, Hauptrollen geben. Die Tänze sind von Erik Charell einstudiert.

Im Deutschen Theater setzt von Freitag ab Gisela Werbezirk ihr erfolgreiches Gastspiel in dem Schwank „Der Schrei nach dem Kind" fort.

Die soeben erschienene Nr. 11 der „[illegible]" hat folgenden Inhalt: Das Lied vom Parlament; Zur Reichstagswahl; von Adolf Glaßbrenner: Schlußrede des Präsidenten einer Volkskammer; Zu Schmutzpublikationen; Der neue deutsche Philister; An den Reichstag; Eine Menschenmenagerie; Von der sexuellen Frage von Friedrich Schlung; Ulrich von Hutten [illegible]

möchten. Wir wußten, sie haben, wie stets, so auch hierin bereits den Anschluß verpaßt.

Das Rachewerk der Kriegsgerichte.

Vom außerordentlichen Kriegsgericht in Essen wurde der Schlosser Kaiser zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt. Kaiser sollte mit einer Anzahl anderer Personen im Bergischen Land ein größeres Waffenlager angelegt haben, das von der Reichswehr ausgehoben wurde. Dafür erhielt er die entsetzlich hohe Strafe!

Im Laufe des letzten Jahres haben die pommerschen und ostpreußischen Agrarier ihre Güter in wahre Festungen verwandelt. Sie haben nicht nur Gewehre, Handgranaten und Maschinengewehre, sondern auch Geschütze, Flugzeuge und Panzerwagen versteckt. Die Reichswehr hat es bisher nicht für nötig gehalten, diese Waffenlager auszuheben. In Pommern hat es in letzter Zeit in einigen wenigen Fällen der Oberpräsident getan, den Großagrariern ist aber kein Haar dabei gekrümmt worden. Sie werden nicht einmal unter Anklage gestellt, geschweige denn gar bestraft.

Die Logik der neudeutschen Rechtspflege geht also dahin, daß die Agrarier das Recht haben, sich privatim zu bewaffnen, Arbeiter, die das gleiche tun, wandern ins Zuchthaus.

Unglaublich, aber wahr!

Das Kriegsgericht der Kommandantur Berlin hat vor einigen Wochen einen früheren Kanonier wegen Fahnenflucht und Diebstahls zu 1 Jahr 8 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Fahnenflucht soll im September 1918 erfolgt sein, der Diebstahl im November 1919. Läßt sich schon für die Verurteilung wegen Fahnenflucht nach dem Amnestiegesetz sehr schwer eine Begründung finden, so wird der angeführte Fall noch unglaublicher durch die Tatsache, daß sich das Kriegsgericht auch anmaßt, einen Mann, der schon seit Ende 1918 dem Heere nicht mehr angehört, wegen Diebstahls zu bestrafen. Das Kriegsgericht geht aber in seiner Urteilsbegründung davon aus, daß der Angeklagte nicht „ordnungsmäßig" entlassen worden sei. Es hielt sich deshalb für zuständig, ein Vergehen zu verurteilen, das nach der Auflösung des Heeres begangen wurde, also unter die Zuständigkeit bürgerlicher Gerichte fällt. Ein geradezu unglaublicher Fall, der uns recht deutlich zeigt, wie notwendig die schnellste Beseitigung der Militärgerichtsbarkeit geworden ist. Von dem jetzigen Parlament werden wir die Beseitigung dieser mittelalterlichen Institution allerdings noch weniger erwarten können, als von der wirklich entschlafenen Nationalversammlung, die alles getan hat, um den Militarismus auch in der Rechtspflege zu erhalten.

Waffenschiebungen für die Einwohnerwehr.

Im städtischen Viehhof war vor einiger Zeit ein größeres Waffendepot angelegt worden, das zur Verfügung der Einwohnerwehr stehen sollte. Nachdem die Einwohnerwehr aufgelöst worden ist, hätte auch das Waffenlager von zuständiger Stelle geräumt werden müssen. Das ist aber nicht geschehen, die Waffen blieben liegen, bis sich Ende der vorigen Woche der Oberinspektor Lorenz und der Inspektor Banach daran machten, Waffen und Munition an frühere Angehörige der Einwohnerwehr auszugeben. Eine ganze Reihe junger Burschen, darunter Studenten, kam auf diese Weise in den Besitz von Waffen. Der Betriebsrat des Viehhofs erhob schließlich gegen die Waffenausgabe Einspruch. Es erschien darauf die grüne Polizei, die die Waffen wieder einsammelte. Jedoch befindet sich immer noch bei dem Verwalter Lange in der Hausburgstraße 17, ein größeres Lager von Gewehren, Handgranaten und Stahlhelmen. Im Ruhrgebiet ist in den letzten Tagen ein Arbeiter zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt worden, weil er ein Waffenlager angelegt haben sollte. Was wird gegen die beiden Schlachthofsinspektoren und gegen den Verwalter Lange unternommen werden, die den Anordnungen der Regierung zuwider Waffen verschieben, oder sie für geheime Zwecke aufspeichern? Es liegt ganz einwandfrei eine strafbare Handlung vor. Wir erwarten daher, daß die Herren unter Anklage gestellt und ebenso wie der Arbeiter aus dem Industriegebiet zu Zuchthaus verurteilt werden. So entspricht es der „Gleichheit vor dem Gesetz!"

Handelsbeziehungen der nordischen Länder mit Rußland.

Wie „Le Temps" erfährt, ist der größte Teil des Goldes, den die schwedische Regierung als Sicherheit für den Handelsvertrag gefordert hat, in Reval eingetroffen. Die Sendung besteht aus 5720 Kilogramm Barrengold, das einen Wert von ungefähr 17 Millionen schwedischer Goldkronen hat. Schweden seinerseits hat schon eine Anzahl von Lokomobilen, landwirtschaftlichen Maschinen und Sensen nach Rußland gesandt. Andere Güter sollen bald folgen.

Norwegen unternimmt ebenfalls Schritte, um die Handelsbeziehungen mit Rußland unter denselben Bedingungen wie Schweden aufzunehmen. Eine Sachverständigenkommission, die mit dem Studium dieser Frage beauftragt worden ist, hat ein günstiges Urteil abgegeben. Norwegen hofft große Quanten gesalzener Fische ausführen zu können.

Für den Boykott Polens.

Moskau, 7. Juni. (Funkspruch.)

Der Russische Eisenbahnerverband hat gemeinsam mit dem Seemanns-Bund einen Aufruf veröffentlicht an die Transport-Arbeiterverbände Englands, Frankreichs, Italiens, Deutschlands, Deutschösterreichs, Tschechoslowakiens, Norwegens, Schwedens, Dänemarks und Hollands, in dem diese ersucht werden, alle Warentransporte nach Polen zu blockieren. Die Arbeiter selber mögen direkte und systematische Anstalten treffen, um die Transporte zu verhindern.

Der Sieg des russischen Proletariats mit dieser Hilfe werde die internationale Solidarität stärken und erneuern.

Polnisch-litauische Verhandlungen.

T. U. Kowno, 9. Juni.

Die Telegraphen-Union berichtet: Hier sind die polnischen Parlamentsmitglieder Kamenski und Niedzialkowski eingetroffen. Sie gehören der nationalen Volkspartei und der sozialdemokratischen Partei an, den Parteien des Mehrheitsblocks. Ihr Ziel ist die Möglichkeiten einer polnisch-litauischen Verständigung zu prüfen. Sie hielten bei ihren Verhandlungen mit der litauischen Regierung und der litauischen National[illegible] der Forderung fest, daß die Wilna-Frage auf Grund einer Meinungsäußerung der Bevölkerung des betreffenden Gebietes entschieden werden soll. Die Litauer lehnen diese Forderung ab und verlangten die Anerkennung Wilnas als Hauptstadt Litauens. Ein anderer Vorschlag der Polen, wonach Kowno, Wilna und Grodno selbständige Kantone in einem föderativen Bunde werden sollen, fand ebenfalls nicht die Zustimmung Litauens.

T. U. Kowno, 9. Juni.

Die litauische Regierung hat noch keine Beschlüsse gefaßt über die Maßnahmen, die durch die polnisch-russischen Kämpfe an der litauischen Front notwendig werden.

Ein deutscher Konsul in Persien erschossen.

Wie Nachrichten von den verschiedensten Seiten besagen, ist der deutsche Konsul in Täbris, Wustrow, am 5. Juni durch eine auf das Konsulat abgefeuerte Kugel getötet worden. Soweit die unklaren Meldungen bis jetzt schon Einzelheiten erkennen lassen, hat der Konsul türkische politische Flüchtlinge ins Konsulat aufgenommen, wodurch die in Täbris an der Macht befindliche demokratische Partei, die den Türken und Russen feindlich gegenüberstehe und dem Konsul Wustrow bolschewistische Neigungen unterschob, gereizt worden ist, weshalb sie von dem Konsul die Herausgabe der Flüchtlinge forderte. Konsul Wustrow scheint nach Landesbrauch und Herkommen den Schutz der Asylflüchtigen nicht verweigert zu haben, worauf ein Angriff auf das Konsulat erfolgte, dem er zum Opfer fiel.

Zur Frage der Internationale.

Vom 14.—20. Mai fand in Krakau der Parteitag der jüdischen sozialdemokratischen Partei „Poale Zion" statt. Der Hauptpunkt der Tagesordnung war die Stellungnahme zur Internationale. Wie nun „Le Populaire" meldet, hat sich der Parteitag den Beschlüssen von Leipzig und Straßburg angeschlossen.

Eine Resolution, die von der kommunistischen Fraktion eingebracht worden war und die den bedingungslosen Beitritt zur dritten Internationale forderte, wurde abgelehnt. Die Resolution, die angenommen wurde, ist von dem gleichen Geist getragen wie die Beschlüsse von Leipzig und Straßburg. Sie fordert u. a., daß die neue Internationale auf den Prinzipien des Klassenkampfes fußen soll und verwirft jede Zusammenarbeit mit den herrschenden Klassen.

Todesstrafe gegen Proletarier! Im dritten Münchener Geiselmordprozeß beantragte der Staatsanwalt gegen die beiden Angeklagten Wallerbauer und Kotter die Todesstrafe. Das Urteil soll am Sonnabend gefällt werden. Kotter ist Oesterreicher.

Die Umbildung des lettischen Kabinetts. Nach einer Meldung des lettischen Pressebureaus in Stockholm wurde Ulmanis mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt.

Räumung Thraziens durch Frankreich. Aus Konstantinopel wird gemeldet, daß der Befehlshaber der französischen Truppen in Thrazien in Konstantinopel eingetroffen ist und daß die französischen Truppen das thrazische Gebiet nunmehr vollständig geräumt haben.

Berichtigung. Unter den Geldgebern der Deutschen Volkspartei hatten wir vor den Wahlen auch die Schlesische Montangesellschaft aufgeführt, die für den Wahlfonds 25 000 M. beigesteuert haben sollte. Wie uns die Montangesellschaft jetzt mitteilt, entspricht diese Behauptung nicht den Tatsachen.

Gewerkschaftliches.

Die Gasarbeiter und die Gemeindewahlen.

In einer vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter einberufenen Versammlung, die von zirka 8000 Personen besucht war, sprach gestern Genosse Dr. Weyl über die bevorstehenden Gemeindewahlen: Die U. S. P.-Fraktion hat es als eine ihrer Aufgaben betrachtet, das Wohlergehen der Arbeiter und Angestellten zu wahren, soweit es unter den schwierigen Verhältnissen möglich war. Man spricht von der sozialistischen Mehrheit der Stadtverordneten. Doch die Rechtssozialisten haben nur in manchen Fällen dem Druck, den wir ausüben, nachgegeben, in manchen haben sie versagt. Wir wollen hoffen, daß uns erst die Wahlen eine auf dem Boden des revolutionären Sozialismus stehende Mehrheit bringen. Auch das zweite große Hindernis darf man nicht vergessen; den Magistrat, der auch heute noch, nahezu wie ein Bremsklotz wirkt. Unser Standpunkt ist: Wir brauchen keinen Magistrat, kein Zweikammersystem. Die Stadtverordnetenversammlung ist souverän. In der Besprechung der Verhandlungen über den Tarif der Gemeindearbeiter, sagte der Redner: Wir sind der Meinung: je größer die Rechte, die Ihnen zustehen, desto mehr wächst Ihr Interesse an der städtischen Verwaltung, in der Sie tätig sind. Durch volles Mitbestimmungsrecht gewinnen Sie volles Interesse für das wirtschaftliche Gedeihen des Betriebes, in dem Sie dienen. Wir wissen, daß Sie, wenn Sie materielle und ideelle Forderungen gewährt erhalten, Sie dann auch unseren Freunden mit Rat und Tat zur Seite stehen werden, die städtischen Betriebe rentabel und entwicklungsfähig zu erhalten. Wir haben darum besonderen Wert darauf gelegt, daß Ihnen die ideellen Forderungen bewilligt werden. Ihre Klassengenossen in der Industrie, mögen nun den Mut und die Energie haben, die Dinge, die Sie sich erobern konnten, nachzuholen. Der Redner bespricht wichtige Punkte unseres Gemeindeprogramms. Auf unsere Kulturforderungen haben wir immer zu hören, daß hierfür das Geld fehlt. Wir fragen, wo ist das Geld hergekommen, den fluchwürdigen Krieg zu führen. Wenn man uns vor dem Krieg nur einen bescheidenen Bruchteil dieses Geldes für Kulturfragen zur Verfügung gestellt hätte, wir hätten trotz unserer unbescheidenen Forderungen nicht alles verwenden können. Noch heute werden Milliarden für die Noskegarden ausgegeben. So lange dazu Geld da ist, dürfen die wichtigsten Lebensinteressen der Allgemeinheit nicht vernachlässigt werden. Wir fragen nur, was ist notwendig für die Allgemeinheit? Versagt die Gemeinde, der Staat und das Reich, so werden wir nicht die Stadt bankerott erklären, wir werden den Bankerott der kapitalistischen Gesellschaft verkündigen. Votieren Sie am 20. für die Partei, die allein als Förderin Ihrer Interessen und als Bannerträgerin des revolutionären Sozialismus sich betätigt hat. Die Versammlung beschloß einstimmig, von einer Diskussion abzusehen, um die Wirkung des Vortrages nicht abzuschwächen. Nach einem Referat des Gen. Gehner wurden noch wichtige Branchenangelegenheiten erledigt.

Achtung, Holzarbeiter! Die Tischlerei Kurt Löbel, Rüdersdorfer Str. 20, ist für Holzarbeiter nach wie vor gesperrt.

Zähne 4 u. 7 Mk. mit Friedenskautschuk
5 Jahre schriftl. Garantie. Zahnziehen mit Betäubung bei Bestellung von Gebissen gratis. Kronen von 30 Mk. an.
Spez.: Zähne ohne Gaumen. Keine Luxuspreise
Zahn-Praxis Hatvani, Danziger Str.

Groß-Berlin.

Sparsamkeit in der Gemeinde.

Die Kleinhändler und sonstige Vertreter einer unproduktiven Wirtschaftsweise werfen der Gemeinde vor, daß ihre Betriebe zu kostspielig arbeiten, obwohl sich das Gegenteil vielfach beweisen läßt. So muß die Gemeinde Berlin, wenn sie Speicher mietet, doppelt so viel bezahlen als die eigenen Speicher mit gleicher Raumfassung an Kosten verursachen. Die städtischen Lastautos befördern dreimal so schnell und für den dritten Teil des Geldes, das für die gleichen Lasten dem privaten Fuhrwerk gezahlt werden muß. Aber selbst wo die Gemeinde Verluste erleidet, muß dies nicht immer ein Schaden für die Gesamtheit sein. Die städtische Obstversorgung der Stadt Augsburg hat im vergangenen Herbst einen Gesamtverlust von 90 000 Mark erlitten. Der Bevölkerung wurden jedoch trotzdem viele hunderttausende Mark erspart, weil es ohne den städtischen Obstverkauf nicht möglich gewesen wäre, den Preis des Obstes bis zum Frühjahr auf eine Mark das Pfund und noch weniger herunterzudrücken. Trotz des Verlustes hat darum Augsburg beschlossen, die städtische Obstversorgung weiterzuführen.

Es ist von größter Wichtigkeit daß in der Stadtverordnetenversammlung nicht die Vertreter kleiner und kleinlicher Interessentenkreise sitzen, sondern Leute, die zielbewußt und energisch das Interesse der Allgemeinheit zu wahren wissen. Jeder Mißgriff, jedes Entgegenkommen der Beamten an die Fabrikanten und Händler wird aus den Taschen der Gemeindemitglieder bezahlt. In der Gemeindepolitik ist die Ueberlegenheit der sozialistischen Wirtschaftsweise hundertfach sinnfällig erwiesen. Die Gemeindewahlen in Groß-Berlin müssen dazu beitragen, dieser Politik verstärkten Rückhalt zu geben. Nur eine sozialistische Kommunalwirtschaft kann die Schäden, welche die Städte durch den Krieg erlitten haben, wieder beseitigen.

Freigabe der Einfuhr für frisches Obst und Gemüse.

Von zuständiger Stelle wird den „V. P. N." geschrieben:

Die vor einigen Tagen durch die Presse verbreitete Nachricht über die Freigabe der Einfuhr von frischem Obst und Gemüse ist zutreffend. Mit sofortiger Wirkung wird die Einfuhr von frischem Obst, mit Ausnahme von Luxusobst und Südfrüchten, freigegeben. Als Luxusobst gelten insbesondere Pfirsiche, Weintrauben, Edelobst (feine Tafeläpfel und Tafelbirnen). Sofort zur Einfuhr unbeschränkt freigegeben ist ferner getrocknetes und gedörrtes Obst außer getrockneten Südfrüchten. Vom 21., spätestens 28. Juni d. J. ab wird auch frisches Gemüse unbeschränkt zur Einfuhr über die Grenze hereingelassen werden. Die Einfuhr- und Ueberwachungsstellen sind entsprechend verständigt. Für die vorbezeichneten Waren wird es daher unter den vorgenannten Voraussetzungen in Zukunft weder einer Einfuhrbewilligung noch eines Einfuhrscheines mehr bedürfen. Dagegen bleibt es hinsichtlich der Einfuhr von Luxusobst und Südfrüchten sowie von Fabrikaten aus Obst und Gemüse einstweilen bei den bisherigen Bestimmungen, so daß die Einfuhr dieser Waren nach wie vor an eine Einfuhrbewilligung geknüpft ist.

Reaktion in der Schule.

Wie tief das reaktionäre Denken noch in den Köpfen unserer Lehrerschaft sitzt, haben wir schon oft an Beispielen illustrieren können und es erst wieder in einem Artikel in Nr. 215 der „Freiheit" gezeigt. Diese Beispiele ließen sich beliebig vermehren. Wir greifen heute noch einen krassen Fall heraus.

An der 266. (katholischen) Gemeindeschule unterrichtet eine Lehrerin Frl. **Kolberg**. Ueber deren Lehrmethode wird uns folgendes mitgeteilt: Bei der Behandlung des 5. Gebotes vertritt sie die Meinung, daß töten zwar eine Sünde sei, aber **die Kommunisten müßten doch alle einzeln totgeschlagen werden**, sonst bekämen sie die Oberhand und die Religion würde abgeschafft. Wenn man das liest, merkt man deutlich das Entzücken, mit dem die ehrenwerte Dame nach Ungarn blickt. Eine bessere Seelenverwandtschaft zwischen ihr und den Horthyleuten läßt sich nicht denken, nur von christlicher Nächstenliebe ist auch bei ihr nichts zu spüren.

Daß diese Lehrerin nebenbei auch auf die „Freiheit" schimpft, deren Leser verflucht und ihnen die Hölle ankündigt, paßt in den Rahmen hinein, ebenso daß sie Kinder, die nur im Besitz von Holzschuhen sind, von Schulausflügen ausschließt.

Unsere Arbeitereltern und besonders solche Mütter, die noch etwas auf Religion in der Schule halten, können an diesem Beispiel erkennen, daß religiöser Unterricht mit Menschenliebe nichts zu tun hat. Hinter der religiösen Maske verbirgt sich bei vielen Lehrpersonen die ärgste Unduldsamkeit und schwärzeste Reaktion. Deshalb fordern wir die weltliche Schule, das heißt die Beseitigung des Religionsunterrichts aus der Schule.

Die neue Nummer der „Freien Welt"

bringt eine Fülle interessanter Bilder aus aller Herren Länder. Wir erwähnen nur die Wohnungsnot in England, eine sozialistische Feier in Mailand, das Begräbnis des ehemaligen Präsidenten von China, eine Zeichnung „Der Frühling kommt nach Rußland", mehrere Aufnahmen vom Kampfe Irlands um seine Freiheit, Sport in Amerika, unsere japanischen Genossinnen bei der Arbeit und auf der Rednertribüne, und vier Karikaturen. Der Textteil bringt einen Artikel über Irland, „Am Grabe von Hans Paasche" von Kaspar Hauser, „Das Bächlein" vom russischen Dichter Korolenko", ein russisches Gedicht „Soldatenantwort", den Roman, Winke für die Hausfrau und humoristische Ecke. — Preis des Heftes 50 Pf.

Der neue Vororttarif wird auf den Berliner Stadt-, Ring- und Vorortbahnhöfen am 15. d. M. eingeführt. Wie bereits gemeldet, tritt die Tariferhöhung am 15. praktisch zunächst nur für die Einzelfahrkarten in die Erscheinung, weil die Anordnung getroffen worden ist, daß die Zeitkarteninhaber, also die Benutzung von Wochen- und Monatskarten, die ihre Karten vor dem 15. Juni gelöst haben, die Karten ohne Zuschlag weiter benutzen können. Die Wochenkarten zu den neuen Fahrpreisen werden erst ab 20. Juni und die Monats-, Monatsneben-, Schüler- und Beamtenmonatskarten werden für Juni wohl überhaupt nicht mehr zu den neuen erhöhten Tarifpreisen verlangt werden. Als einzige Fahrkartenart bleiben die Militärfahrkarten von dieser Tariferhöhung ausgenommen. Im übrigen werden alle Fahrpreise des Vorortverkehrs um 50 Prozent erhöht. Für die Durchführung der Tariferhöhung sind noch folgende Bestimmungen erlassen worden, die die Abfertigung der Reisenden an den Bahnsteigsperren erleichtern sollen. Sämtliche Fahrkarten werden ab 15. Juni mit den neuen Preisen überstempelt ausgegeben. Diejenigen Fahrkarten, die nicht überstempelt sind, tragen, wenn sie mit den neuen Preisen versehen sind, am oberen Rande ein schwarzes Quadrat. Während der Uebergangszeit werden Fahrkarten ohne besonderes Kennzeichen ausgegeben; diese müssen zweimal überstempelt sein. Fahrkarten, die im oberen Rande einen Stern tragen, sind einmal überstempelt, und Fahrkarten ohne Ueberstempelung des alten Preises tragen am oberen Rande ein schwarzes Quadrat; andere als Karten mit diesen Kennzeichen werden schon vor Antritt der Fahrt als ungültig zurückgewiesen. Die bereits im voraus gelösten Fahrkarten, die am 14. d. M. ungültig werden, können an jedem Fahrkartenschalter des Stadt-, Ring- und Vorortverkehrs gegen Erstattung des dafür gezahlten Preises bis zum 15. August zurückgenommen, und zwar ohne Rücksicht darauf, wo die Karte gelöst ist.

Kinder aus Dänemark. Am Freitag, den 11. Juni, abends 10 Uhr, kommt ein Rücktransport von 350 Kindern auf dem Stettiner Bahnhof aus Dänemark an. Es sind alles Reisekinder von früheren Transporten und zwar solche, die vor dem 4. April ausgereist sind. Die Eltern werden gebeten, nicht auf persönliche Benachrichtigung zu warten, da die Namen der einzelnen Kinder nicht gemeldet sind.

Das Krankenbrot. Da die Krankenbrotbezieher darüber klagen, daß die großen Krankenbrote in der zweiten Hälfte der Woche regelmäßig trocken und krümelig sind, hat die Berliner Abteilung für Brotversorgung angeordnet, daß vom 14. Juni 1920 ab, Krankenbrot nur im Gewicht von 650 Gramm hergestellt wird. Auf jeden Abschnitt des Berechtigungsscheines zum Bezug von Krankenbrot haben die Krankenbrothersteller ein 650-Gramm-Brot abzugeben, gleichgültig, ob einer dieser Abschnitte mit „ungültig" überstempelt worden ist, oder nicht. Der Preis für ein 650-Gramm-Brot beträgt 1,90 M.

Steigerung des Wasserpreises und der Kanalgebühren. Der Magistrat hat beschlossen mit Rücksicht auf die gesteigerten Produktionskosten und den gesteigerten Bedarf für Erneuerungsarbeiten den Wasserpreis vom 1. Juli ab auf 70 Pf. zu erhöhen. Ferner ist eine Erhöhung der Kanalisationsgebühr von 6 auf 8 Prozent beschlossen worden. Den Stadtverordneten wird alsbald eine Vorlage hierüber zugehen.

Für die Teilnehmer an der Spreewaldgesellschaftsfahrt des Arbeiter-Wanderbundes „Naturfreunde", am 12. und 13. Juni, findet ein als Einführung in die Geschichte, geologischen und geographischen Verhältnisse des Spreewaldes geplanter Lichtbildvortrag am **Donnerstag, den 10. Juni**, abends 8 Uhr, bei Fenfara, Weichselstr. 15, statt. Die Teilnehmerkarte berechtigt zum freien Eintritt.

Eine Benzolexplosion, durch die fünf Arbeiter schwer verletzt wurden, ereignete sich gestern in der Falkenberger Straße in Weißensee. In der Patentklebemassefabrik dort auf dem Grundstück Nr. 123 sollte Klebemasse flüssig gemacht werden. Dabei geriet wahrscheinlich Benzol, das zur Flüssighaltung benutzt wurde, in den nicht abgekühlten Asphaltbrei. Es entzündete sich und eine große Stichflamme traf fünf in der Nähe beschäftigte Arbeiter: **Josef Thomas** aus der Stralsunder Straße 17, **Max Oelsner** aus der Neuen Schönhauser Straße 13, **Georg Lemke** aus der Langhansstraße 109, **Erich Spultrich** aus der Berliner Allee zu Weißensee und **Friedrich Trzeberowski** aus der Falkenbergstraße 79 dortselbst, so daß sie sich schwere Brandwunden zuzogen. Alle fünf wurden nach dem Auguste-Viktoria-Krankenhause in Weißensee gebracht. Thomas und Oelsner liegen so schwer darnieder, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird.

Lebensmittelkalender.

Reinickendorf. Auf Abschnitt 80 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte entfällt ¼ Pfd. Grieß und ¼ Pfd. Sago. Die betreffenden Abschnitte sind noch heute bei den Händlern und in den amtlichen Verkaufsstellen abzugeben.

Aus den Organisationen.

11. Distrikt. Die Flugblätter, die am Freitag, den 11. Juni, zur Verbreitung gelangen, können heute, Donnerstag abend, für die 1., 2. und 3. Abteilung bei Genossen Lohmann, Hussitenstraße, für die 4., 5., 6., 7. und 8. Abteilung bei Genossen Korff, Elisabethkirchstraße 18, abgeholt werden.

14. Distrikt, Bildungskommission. Freitag 7 Uhr Sitzung bei Merz, Oldenburger Str. 10.

Charlottenburg. Die Gruppenführer werden ersucht, heute abend die Flugblätter bei Haase, Spreestr. 50, abzuholen. Für die 3. **Gruppe** sind dieselben in der Spedition **Köhnke** abzuholen.

Charlottenburg. Freitag abend 7 Uhr Sitzung des Wahlkomitees bei Haase, Spreestr. 50.

Oberschöneweide. Freitag abend 8 Uhr öffentliche Versammlung für die Stadtverordnetenwahlen in Körners Blumengarten. — Sonnabend 8 Uhr Sitzung der gewählten Elternbeiräte der U. S. P. bei Imbery.

Tempelhof. Zum Besten unserer Kinderferienspiele veranstalten wir am Sonntag, den 13. d. M., ein Sommerfest im „Birkenwäldchen", bestehend in Künstlerkonzert und politisch-satirischen Vorträgen. Wir bitten die Genossen um recht rege Beteiligung. Karten zu 1.25 Mk. (Kinder frei) sind bei allen Bezirksführern zu haben. — Freitag 7½ Uhr im „Birkenwäldchen" Sitzung der Bildungskommission und aller Genossinnen, die sich bei den Kinderferienspielen betätigen wollen.

Lichtenberg. Sonnabend 7 Uhr Sitzung der Politischen Kommission in der Schule, Parkaue, 2. Etage.

Pankow. Freitag 7½ Uhr Sitzung der Gewerkschafts- und Rätekommission bei Tauber, Florastr. 5/6. — 7 Uhr bei Becker, Berliner Straße 42, Sitzung der Agitationskommission.

Verantwortlich für die Redaktion: **Leo Ziebschütz**, Friedenau. Verantwortlich f. d. Inseratenteil: **Ludwig Kometiner**, Karlshorst. Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Lindenbuchdruckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 19.

Soeben ist erschienen:

Die Stadtgemeinde Berlin

Mit Einleitung und Erläuterungen

:: von **Karl Leid** ::

64 Seiten Preis 5.— Mk.

Unentbehrlich für jeden in der kommunalen :: Bewegung Groß-Berlins Tätigen ::

Bei Bezug durch die Organisationen oder Gemeindevertreter-Fraktionen Rabatt

Solortige Bestellungen erbittet

Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H.
Abteilung Buchhandlung, Berlin C 2, Breite Str. 8-9

Der Ortsverein Gross-Kiel U. S. P. D.

sucht zum baldigen Antritt einen tüchtigen

Parteisekretär

Reflektiert wird auf eine äußerst tüchtige, rednerisch und agitatorisch befähigte Kraft.

Bewerbungen sind bis zum 20. Juni an Genossen **Max Güth, Kiel-Gaarden**, Sörensestraße 13 zu senden.

FREIE WELT

HEUTE NEU!

Aus dem Inhalt:
Für Hof und Haus / Winke für die Hausfrau / Arbeitszeit u. Geflügelzucht / Roman Belletristik / Gedichte Humor

Unsere Spedition
Blankenburg - Buchholz
befindet sich nicht mehr bei
Scheer, Bahnhofstraße 24 a
sondern bei
Berndt, Bahnhofstr. 24 I.

Von der Reise zurück
Dr. Martha Ruben
Niederschöneweide

Stoffe
für Anzüge, gut und sehr billig.
Tuchlager Fritz Dierig,
Alte Schönhauser Straße 3 II.

Isolierten Kupferdraht, Litzen und Wachsdraht
kauft höchstzahlend
Ingenieurbureau Schlichting,
Berlin W 9, Linkstraße 10. Tel.: Lützow 3703 und 6615.

Spiralbohrer
Schmirgelleinen, nur neue, kauft **Müller**, Neue Königstraße **38** (Alexanderplatz).

Inserate
für die Abend-Freiheit müssen spätestens bis **10 Uhr vormittags**, für den darauffolgenden Tag bis **4 Uhr nachm.**, bei der Expedition Schiffbauerdamm 19 eingeliefert sein

Botenfrauen
werden sofort :: eingestellt ::
SPEDITION
Johannisstr. 9

Annahme in allen Speditionen des Verlages

KLEINE ANZEIGEN

Geschäftsstelle: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19

Das Ueberschriftswort 2.— M., jedes weitere Wort im Text 1.50 M. netto; Stellengesuche: Ueberschriftswort 1.50 M., jedes weitere Wort im Text 1.— M.

Unterricht

Richtiges Deutsch sprechen, schreiben lehrt Erwachsene abends erfahrener Sprachlehrer. „Postlagerkarte 407" Briefpostamt C 2.

Verkäufe

Gardinenverkauf! Deutsch, Landsberger Straße 13.

Gardinen zwei Fenster neu 48 Mk. Stores, Bettdecken verkauft Rose, Marsiliusstraße 16 IV.

Gardinen jeder Art äußerst billig bei Stengel, Waldemarstraße 46.

Selbstgefertigte bessere Anzüge, auch Maß, spottbillig. Ross, Wilhelmstr. 40a, Kochstraßenecke.

Jackettanzüge, Cutaways, Paletots, Hosen, Kostüme, Mäntel verkauft enorm billig Leihhaus Moritzplatz 58a.

Anzugstoffe preiswerte Qualitätsware täglich 4—6. Webwaren. Vertreter Tabel, Alvenslebenstraße 3 II, Hochbahn Bülowstr.

Vornehme Jackett-, Smoking-, Frackanzüge, Sommerpaletots, Gummimäntel, Hosen kaufen sie am billigsten im Leihhaus Rosenberg, Rosenthaler Straße 14.

Genossen. Sie sparen 300 Mark und noch mehr bei Ankauf eines Anzugs bei Bergher, Blitzer Straße 26, vorn II, Hochbahn Kottbusser Tor. Reinwollene Kammgarnanzüge, Cutaways, Covercoats, gestreifte Hosen, stets große Auswahl.

Mehrere Jackettanzüge Gehrockanzüge, Sommerpaletots, Jünglingsanzüge, Sommerulster, Jünglingsmäntel, spottbillig, Friseurgeschäft, Reuchlinstr. 6 (Moabit).

Kochherde für Laubenkolonisten und Notwohnungen liefert A. Schmidt, Berlin, Unionstraße 3, II.

Eisschrank, 184 hoch, 140 breit, verkauft Schneider, Restaurant, Borsigstr. 20.

Möbel

Chaiselongues, 150,— bis 600,—, Metallbetten 250,— bis 2000,—, weiße Schlafzimmer Meiche, Augustastr. 32a, Gogh.

Umbauplüschsofas 1175,—, Metallbetten 250,—, Auflegematratzen, Patentmatratzen 175,—, Tapezierer Walter, Stargarder Straße 18.

Küchen, moderne, mit und ohne Anrichte, lackiert, lasiert, roh, jetzt von 480 M. ab. Riesenauswahl. Küchenmöbelfabrik Himmel, Lothringer Straße 22 (Schönhauser Tor).

Selten billig! Schlafzimmer, hell eiche, nußbaum, 130-160 breiter Spiegelschrank, Wohnzimmer, Speisezimmer, Sofa, Umbauten, Küchen. Petersburger Str. 41. Zahlungserleichterung.

Jetzt! Gediegene Wohnzimmer mit Betten nur 1827, 2853, 3210 Mark, entzückende farbige Küchen 875, 980, 1240 Mark. Einzelmöbel viel Gelegenheitskäufe. Möbelschatz, Brunnenstraße 160, Eingang Anklamer Straße.

Kücheneinrichtung gebrauchte, neu lackiert verkäuflich. Fleischer, Grüner Weg 71.

Kaufgesuche

Firnis, Leim, Schellack, Bleiweiß, Lacke kauft Kirchhoff, Sonnenstr. 18 (am Wismarplatz).

Leim, Schellack, Firnis, Lacke, Bleiweiß, Terpentin kauft jeden Posten zu den höchsten Preisen. Handlung chem. Produkte, Wilhelm-Stolze-Straße 25 (Kgst. 7417).

Schellack, Paraffin, Firnis, Leim, Materialartikel, auch kleine Posten kauft Winkler, Oranienburger Str. 12.

Leim, Schellack kauft Herbst, Tapezierer, Große Hamburger Str. 18/19.

Pinsel, Schellack, Leim, Benzin sowie sämtl. Materialien kauft Schmidt & Wehner, Fehrbelliner Str. 24.

Bindfaden, Sattlergarn, Packleinen, Möbelstoffe kauft Herbst, Tapezierer, Große Hamburger Str. 18/19.

Grammophonplatten auch zerbrochene kauft höchstzahlend Stephan, Neukölln, Jägerstr. 12, am Rathaus.

Pfandscheine, Wertsachen, kauft mit Rückkaufsrecht Schmidt & Eggers, Schöneberg, Sedanstraße 46.

Werkzeuge und Maschinen

Höchstpreise für neue Spiralbohrer, Schmirgelleinen zahlt Schmidt, Köpenicker Straße 58b, Stadtbahn Jannowitzbrücke.

Spiralbohrer kauft zu hohen Preisen Schier, Neukölln, Prinz-Handjery-Str. [illegible]

Spiralbohrer, Schmirgelleinen, Gewindebohrer, Naturstahl, Feilen kauft jeden Posten Jungnick, Prinzenstraße 5, Moritzplatz 14318.

Höchstpreise, Spiralbohrer, Schrauben, Leim usw. Drontheimer Straße 10.

Boschkerzen, neue und alte kauft jed. Posten. Brandt, Schlesische Str. 12, Mpl. 1464.

Spiralbohrer, neue, jeden Posten kauft Marten, Löwestraße 2, v. III.

Spiralbohrer kauft gegen sofortige Kasse **Schulze**, Friedenau, Wiesbadener Str. 6, Pfalzb. 4873.

Spiralbohrer, Schmirgelleinen, Holz- und Maschinenschrauben, neue, kauft Zeumer, Hussitenstr. 44, v. IV.

Spiralbohrer, Werkzeuge, Nägel, Schmirgelleinen, Elektromaterialien, sowie jeden Posten Altmetalle kauft dauernd zu höchsten Preisen, Rheinsberger Straße 52, Laden. Humboldt 2905.

Aufkäufer! Suche Werkzeuge aller Art wie Spiralbohrer, Gewindebohrer, Reibahlen, Zangen, Handhämmer, Feilkloben, Maschinen-, Schloß- und Holzschrauben, Zentrierbohrer, Stechbeitel, Hobeleisen, Hand-, Rücken- und Stichsägen, Holzmaßstäbe, Holzraspeln, Feilen aller Art, Bohrwinden, Handbohrwinden, Alt-Kupfer, Messing, Lötzinn, Werkzeug- und Schnellstahl, Schmirgelleinen usw. Artur Zwick, O. 34, Richthofenstr. 10. Tel.: Kgst. 6607. Telegr.-Anschr.: Werkzeugzwick-Berlin.

Verschiedenes

Haararbeiten, [illegible]

Frack-Verleihinstitut Friedrichstr. 122/123 verleiht, verkauft, kauft Frack-, Smoking-, Gesellschafts-Anzüge.

Rechtsanwalt (früher), 20 jähr. Rechtspflege, Blumenstraße 74, kostenlose Rechtsauskunft, Verteidigung in Strafsachen, Vertretung in Zivilprozessen, Beobachtungen, Ermittelungen in Alimentenklagen, Ehescheidungen! Fürsorgesachen, Gnadengesuche, Strafaufschub! Haftentlassungen! Mäßiges Honorar! Teilzahlung gestattet.

Fahrräder

Herren- und Damenrad, spottbillig, sämtl. Reparaturen, Ehrenberg, Rammerstr. 30.

Schlauchreifen, neue Stück 175,—, Gr. Frankfurter Straße 52 im Laden.

Fahrradgummi billiger! Riesenposten, Schlawe, Weinmeister-Straße Vier.

Tiermarkt

Dobermannrüde, schwarzbraun, zweijährig, mit Stammbaum, 1800, Foxterrierrüde, dreifarbig, verkauft Antoch, Brunnenstr. 153.

Ansiedelungen

Hohen-neuendorf,
Lehmparzellen, 3600 Mark, [illegible]